

in der zuständige Leute auf gleicher Ebene diskutieren; wenn diese fertig diskutiert haben, geben sie ihre Ergebnisse an das unbedarfte Volk weiter. Der Anspruch, den sich der Kreis gestellt hat, nämlich "das... Bedürfnis der Willensbildung von unten nach oben aufzunehmen und entsprechend der Konzeption eines antiautoritären Sozialismus nach adäquaten Städtebauformen zu suchen" (wir hatten diesen Satz auf S. 7 kürzer gefaßt) - steht im Widerspruch zu den Inhalten dieser Strategie.

c) Gemäß diesem Anspruch hätte eine Auswertung der Informationen über den Hilton - Konzern, der Neuen - sich sozial gebärdender - Heimat und der Baubehörde statt - finden können. Wenn diese Geschichten ein "Paradebeispiel für die Entstellung eines akzeptablen Städtebaukonzeptes" sind, warum werden dann diese Informationen nicht veröffentlicht und Anlaß zu einer Kampagne?

- Problematisch ist die These, daß "Transformationschancen für die erstarrte spätbürgerliche Gesellschaft" allein im "kulturpolitischen Raum liegen.

Zum besseren Verständnis dazu noch einen Teil des vorhergehenden Satzes: "ist, daß es unsere Aufgabe sein müßte, die wechselseitigen Bedingtheiten von gebauten und gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken. d.h. durch eine Kritik der öffentlichen und halb - öffentlichen Institutionen nach möglichen Durchbrüchen für grundsätzliche Veränderungen zu suchen. Der einzige Sektor, auf dem sich solche grundsätzlichen Veränderungen ankündigen, ist der Kulturpolitische Raum."

Diese These scheint sich auf die Illusion eines partiell erreichbaren Libertätsspielraumes schon innerhalb der bestehenden Verhältnisse zu gründen. Das mag vielleicht für einige Architekten, die als "Künstler" sich auf Kosten der anderen sich Prestige zu schaffen vermögen, gelten. Allen anderen Städtebauer aber, die vom Verwertungszwang unmittelbar betroffen sind, wenn sie z.B. Massenwohnungen bauen mit öffentlichen Geldern, werden sich mit der ökonomischen Kehrseite dieser gewährten Scheinfreiheiten herumschlagen müssen. Die Kritik in diesem Punkte kann nicht weiter ausgeführt werden, als in der Form einer These, wenn sie der angegriffenen entsprechen will.

- zum Ganzen: es soll kein Genosse diese Kritik beleidigend auf sich selbst beziehen, sondern sie ist gedacht zur konsequenten Weiterführung der Selbstkritik, damit Widersprüche zwischen Theorie und Praxis aufgedeckt werden können.

4000 SCHÜLER STREIKTEN

Einige Maßnahmen der Schulbehörde gegen das Hamburger Schülerparlament führten zu der bisher größten Mobilisierung von Schülern. Nach der Ablehnung eines SV-Erlasses durch das HSP, der autoritär vorschreibt, wie sich die Schüler zu organisieren haben, außerdem anstatt eines sog. Mitbestimmungsrechtes nur ein Mitspracherecht ermöglicht und die Meinungs- und Pressefreiheit in den Schulen nicht realisiert, wurden dem HSP die Räume und Gelder gesperrt, sowie die Anerkennung als Vertretungsorgan der Schülerschaft durch die Behörde versagt. Als einige wenige Schulen aus diesen Gründen in den Streik treten wollten und das "Hamburger Abendblatt" von einem allgemeinen Schulstreik aller Hamburger Schulen sprach, fanden am Freitag, 2.5. in etwa 20 Schulen Vollversammlungen statt, von denen 15 beschlossen zu streiken.

Eine einheitliche Zielrichtung wurde dem Streik durch den Koordinationsrat des AUSS/USB und des HSP-Vorstandes gegeben, der in einem Fiublatt vier momentan nicht zu realisierende Forderungen veröffentlichte. Nach einem teach-in fand anschließend eine Demonstration von ca. 1800 Schülern zur Schulbehörde statt, bei der, obwohl sie völlig friedlich verlief, 7 Schüler festgenommen wurden.

Am Montag wurde in einem teach-in mit etwa 2000 Schülern die Wiederholung des Streiks für Freitag und Samstag beschlossen. An 31 Schulen streikten 4000 Schüler. Der Streik wurde teilweise aktiv mit Diskussionen in Arbeitsgruppen geführt. Am Sonnabend 10.5. sollte dann eine Kundgebung auf der Moorweide den Streik vorläufig abschlies-

wurde die Veranstaltung auf den Campus verlegt. Aber auch hier griff die Polizei sofort ein und ließ die Redner gar nicht erst zu Wort kommen. Die 1200 Schüler zogen daraufhin in die Mönckebergstr., etwa 125 Schüler wurden dabei festgenommen.

Das Ziel der Schulbehörde wurde während der Aktion immer deutlicher: schon der Ansatz von Kritik an den bestehenden Schulverhältnissen sollte unterdrückt werden. In diesem Zusammenhang wird auch der Konflikt HSP/Schulbehörde - die Ebene der formalen Auseinandersetzung verlassend - zu einem allgemeinen Konflikt zwischen der Schülerschaft und der Schulbehörde.

Das Motiv, das die meisten Schüler zum Streik bewegte, läßt sich so auch nicht definieren als Forderung der Schülerschaft nach HSP-Anerkennung, sondern eben als Ausdruck eines zunächst abstrakt bleibenden Unbehagens an der Struktur der Schule. Dieses Unbehagen allerdings konkretisieren und artikulieren zu können, ist den meisten Schülern nicht möglich. - Genau aber davor fürchtet sich die Bürokratie und ist bereit, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß eine politisierte Schülerschaft erst gar nicht entsteht. Dabei verwendet sie geschickterweise das Elternhaus als Disziplinierungsmittel. Alle am Streik teilnehmenden Schüler erhielten einen Brief, in der Erwägung, daß die Eltern das Nötige veranlassen würden, so daß eine Teilnahme des Kindes am Streik das nächste Mal unterbliebe. In die gleiche Richtung zielte auch das Vorgehen der Schulbehörde vom Sonnabend, den 10.5. Am Mittwoch vorher fand ein Gespräch der Polizei mit Vertretern der Schulbehörde statt, in dem die Polizei versicherte, 300-400 Schüler festzunehmen. Einmal registriert, wurde es so möglich, die inhaftierten Schüler an ihren Schulen unter besonderen Druck zu nehmen.

Selbstverständlich nahm die Hamburger Presse regen Anteil an dem Unterdrückungsversuch der Schulbehörde gegenüber der Hamburger Schülerschaft, die außerdem den zusätzlichen Repressionen durch Polizei und Elternhaus ausgesetzt war. Durch gezielte Falschmeldungen und manipulative Informationen sollten die noch keineswegs politisierten Schüler verunsichert werden.

Zur weiteren Arbeit des AUSS/USB ist zu sagen, daß jetzt das durch die Aktionen entstandene Informationsbedürfnis der Schüler gefüllt werden muß durch eine Aufklärung über die Schulverhältnisse sowie über die Funktion der Schule in der spätkapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Modernisierung durch die Technisierung dieser Gesellschaft. Dazu soll eine Kampagne "Autoritäre Schule" gestartet werden. Es wird jetzt wesentlich einfacher sein, die projektierte Basisarbeit an den einzelnen Schulen zu realisieren, da ein gewisses Potential, das an einer weiteren politischen Arbeit interessiert ist, geschaffen wurde.

Durchaus nicht als Rückzug zu werten ist der vorläufige Verzicht auf zentral durchgeführte teach-ins und Demonstrationen. Es hat sich gezeigt, daß diese kaum geeignet waren, die Schülerbewegung über kurzfristige Aktionen hinausgehend weiterzutreiben. So wird die Basisarbeit an den einzelnen Schulen, die allerdings koordiniert werden muß, konstitutives Element unserer Praxis.

BEREITSCHAFTSPOLIZEI DER LÄNDER : Aufrüstung wird zentral fortgesetzt

Die Aufrüstung der Bereitschaftspolizeien der Länder wird über die bisherigen Etats hinaus fortgesetzt : obwohl beisp.weise für die Kfz beschaffung 1969 nur 3,6 Mill. DM zur Verfügung stehen, sollen allein für diesen Sektor etwa 10 Mill. DM ausgegeben werden. Ansonsten sind in den neuen Etat-Ansätzen der Beschaffungstelle des Bundesinnenministeriums vorgesehen: 5,28 Millionen DM für Fernmeldegerät, 1,18 Mill. für Waffen und Gerät, 1.1 Mill. für bautechnische Züge und ABC-Schutz, 160.000 DM für Munition, Spreng- und Zündmittel.